

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## **Empfehlungsvorschläge an die Staaten, die auf der 40. Sitzung der UPR-Arbeitsgruppe vom 24. Januar - 4. Februar 2022 überprüft werden**

### **Empfehlungen an die Regierung von Venezuela**

#### Nationaler Menschenrechtsrahmen

- Unverzüglicher Beitritt zur Amerikanischen Menschenrechtskonvention und Anerkennung der Gerichtsbarkeit des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte.
- Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung und des Zusatzprotokolls zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie Teilnahme an den Untersuchungs- und zwischenstaatlichen Verfahren.
- Unverzügliche und vorbehaltlose Ratifizierung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor gewaltsamem Verschwindenlassen und Anerkennung der Zuständigkeit des Ausschusses für gewaltsames Verschwindenlassen zur Prüfung von Einzelmitteilungen.
- Unverzügliche Ratifizierung und Umsetzung des Vertrags über den Waffenhandel, unter besonderer Berücksichtigung von Artikel 6 über Verbote und Artikel 7 über die Ausfuhr und Ausfuhrkontrolle, die den Transfer von Waffen verbieten, die zur Ausübung oder Erleichterung schwerwiegender Verletzungen der internationalen Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts verwendet werden könnten.
- Ratifizierung des Übereinkommens über die Nichtanwendbarkeit der Verjährungsfristen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Umsetzung dieses Übereinkommens in nationales Recht.
- Ratifizierung der IAO-Übereinkommen 155 (Übereinkommen über Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz), 189 (Übereinkommen über Hausangestellte) und das IAO-Übereinkommen über Gewalt und Belästigung von 2019.
- Anerkennung und Sicherstellung der ständigen Präsenz des OHCHR.
- Aufhebung der Beschlüsse über Rechts- und Verwaltungsvorschriften (z. B. 002/2021), die die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen bedrohen.

## Internationale Überwachung

- Ausweitung der ständigen Einladung an die UN-Sonderverfahren und Zustimmung zu Besuchen der UN-Sonderberichterstatte für Folter, für die Situation von Menschenrechtsverteidigern, für Meinungsfreiheit und für die Freiheit, sich friedlich zu versammeln und zu vereinigen, sowie der Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen.
- Zutrittsgewährung der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission für die Bolivarische Republik von Venezuela in das Land.

## Menschenrechtsverteidiger

- Sicherstellen, dass Menschenrechtsverteidiger\_innen und humanitäre Helfer\_innen ihre Arbeit in einem sicheren und förderlichen Umfeld ausüben können, auch indem ihre Legitimität ausdrücklich und öffentlich anerkannt wird.
- Beendigung der anhaltenden Angriffe und Verleumdungskampagnen gegen Menschenrechtsverteidiger\_innen durch hochrangige Beamte.

## Straffreiheit für Menschenrechtsverletzungen

- Durchführung unabhängiger, gründlicher und unverzüglicher Untersuchungen aller Fälle von Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Verantwortung der Befehlskette, und Analyse, ob es sich dabei um Verbrechen nach dem Völkerrecht handeln könnte; Strafverfolgung derjenigen, die der strafrechtlichen Verantwortung verdächtigt werden, und Gewährleistung, dass die Verurteilten eine der Schwere des Verbrechens angemessene Strafe erhalten.
- Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit für die Aburteilung von Zivilist\_innen oder Militärangehörigen, die mutmaßlich für Menschenrechtsverletzungen oder Verbrechen nach dem Völkerrecht verantwortlich sind.

## Exzessive Gewaltanwendung und außergerichtliche Hinrichtungen durch die Sicherheitskräfte

- Befolgung der Empfehlungen des OHCHR zur Auflösung der FAES und zur Reform der Polizei.
- Sicherstellung der Einhaltung der polizeilichen Arbeit mit den UN-Grundprinzipien für den Einsatz von Gewalt und Schusswaffen durch Strafverfolgungsbehörden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, auch bei der polizeilichen Bekämpfung von Protesten.
- Sicherstellung, dass die Streitkräfte ausschließlich zur Unterstützung der zivilen Behörden und unter deren Kontrolle handeln und denselben Ausbildungs-, Rechenschafts- und Sanktionsmechanismen unterliegen wie die Polizei.

## Unterdrückung von Andersdenkenden

- Unterlassung der Anwendung des Justizsystems gegen Andersdenkende, wie Abgeordnete der Nationalversammlung und andere Oppositionelle.
- Beendigung der Repressionspolitik und statt dessen Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen wie z. B. außergerichtliche Hinrichtungen, die mit dem Ziel begangen wurden, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.
- Beendigung der Anwendung des Gesetzes gegen Volksverhetzung und des Gesetzes gegen das organisierte Verbrechen und die Finanzierung des Terrorismus, um abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen und die Opposition zu kriminalisieren.

## Freiheit der Meinungsäußerung

- Beendigung und Verurteilung von Angriffen auf Medien und Journalisten.
- Verzicht auf willkürliche Festnahmen und Anklagen gegen Journalisten im Zusammenhang mit ihrer Arbeit.
- Aufhebung aller gerichtlichen Beschränkungen für Journalisten, die willkürlich inhaftiert wurden und einer unzulässigen Einschränkung ihrer Meinungsfreiheit ausgesetzt sind.

## Flüchtlinge, Asylsuchende, Migranten und Rückkehrer

- Umsetzung eines Plans zur Aufnahme von Rückkehrern, der den internationalen Menschenrechtsstandards entspricht, insbesondere im Zusammenhang mit den staatlichen Quarantäneeinrichtungen aufgrund der Covid-19-Pandemie.

## Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit

- Gewährleistung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsgesetzen und -normen, indem jegliche Einmischung in die Justiz verurteilt und unterbunden wird.
- Beendigung des Missbrauchs der Strafjustiz zur Verfolgung von Dissidenten und Einstellung aller politisch motivierten Anklagen gegen sie.
- Beendigung des Rückgriffs auf die Militärgerichtsbarkeit, um Zivilisten oder ehemalige Militärs zu verurteilen.
- Sofortige und bedingungslose Freilassung aller Gefangenen, die aus politischen Gründen willkürlich festgehalten werden.

## Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

- Dringliche Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und lokalen humanitären Helfern, um einen nationalen Plan zur Bewältigung der anhaltenden humanitären Notlage zu entwerfen und wirksam umzusetzen, ohne dabei auf politische Diskriminierung und Repressalien zurückzugreifen, und dabei Gruppen, die sich in einer gefährdeten und marginalisierten Situation befinden, wie Frauen, indigene Völker und zurückkehrende Flüchtlinge, Vorrang einzuräumen.
- Veröffentlichung und regelmäßige Aktualisierung aufgeschlüsselter Statistiken über die Wahrnehmung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte, einschließlich Informationen über Gesundheitsdienste und Epidemiologie, Nahrungsmittelverteilung, Armutsraten, Auswirkungen der Hyperinflation und Zugang zu Wohnraum, Wasser und sanitären Einrichtungen.
- Sicherstellen, dass der Impfplan gegen Covid-19 im Einklang mit den Menschenrechtsgesetzen und -standards zugänglich, gerecht, integrativ und nicht diskriminierend ist.
- Sicherstellen, dass alle verwendeten Behandlungen und Impfstoffe von objektiven und unabhängigen Aufsichtsbehörden als sicher und wirksam eingestuft wurden.

## Rechte der Frauen

- Sicherstellen, dass die notwendigen Mittel für Frauenhäuser in jedem Staat bereitgestellt werden und dass sie ordnungsgemäß funktionieren.
- Gewährleistung des Zugangs zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten für alle Frauen, einschließlich der Gesundheitsversorgung von Müttern.

- Erhebung und Veröffentlichung von Statistiken über Gewalt gegen Frauen und Ausarbeitung eines nationalen Plans zur Bekämpfung dieser Gewalt.
- Unverzögliche, unabhängige und umfassende Untersuchungen von Fällen von geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Berichte über sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt und andere Formen von Folter und Misshandlung in der Haft.

#### Rechte indigener Völker

- Verurteilung und Umsetzung eines Plans zur Beseitigung des illegalen Bergbaus im Orinoco-Bergbaubogen und anderen Teilen des Landes.
- Unverzögliche, unabhängige und umfassende Untersuchungen der Berichte über Ausbeutung, Menschenhandel und andere Formen von Gewalt rund um den Orinoco-Bergbaubogen und Einleitung aller notwendigen und angemessenen Schritte in Übereinstimmung mit den Menschenrechtsstandards, um diese Vorgänge zu unterbinden.
- Anhörung der indigenen Völker und rechtzeitige Einholung ihrer freien, auf Kenntnis der Sachlage gegründeten Zustimmung, für einen kulturell angemessenen Plan zur Reaktion auf die humanitäre Notlage.

#### Bedingungen in den Gefängnissen

- Sicherstellen, dass Gefängnisse und andere Haftanstalten den internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen, einschließlich der UN-Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln) und die Regeln für die Behandlung von weiblichen Gefangenen und Verhängung von nicht freiheitsentziehenden Maßnahmen bei weiblichen Straftätern (Bangkok-Regeln).

#### Klimakrise und Menschenrechte

- Vollständige Umsetzung des national festgelegten Beitrags Venezuelas und Ergreifung der erforderlichen Maßnahmen für einen raschen Ausstieg aus der Nutzung und Produktion aller fossilen Brennstoffe und für den Umstieg auf erneuerbare Energien, die auf menschenrechtskonforme Weise erzeugt werden
- Annahme und Umsetzung von menschenrechtskonformen Anpassungs- und Maßnahmen zur Reduzierung des Katastrophenrisikos, die die Menschen angemessen vor den vorhersehbaren und unvermeidbaren Auswirkungen des Klimawandels schützen werden
- Identifizierung des genauen Bedarfs Venezuelas an Technologietransfer und finanziellen Mitteln, die von wohlhabenderen Ländern zur Ergänzung der Emissionsreduzierung, der Anpassungsbemühungen und für Verluste und Schäden in einer Weise, die die Menschenrechte angesichts der Klimakrise vollständig schützt.
- Achtung, Schutz und Verwirklichung des Rechts auf Information, Beteiligung und Rechtsbehelf bei Klimamaßnahmen, unter Verwendung transparenter und inklusiver Prozesse, die niemanden zurücklassen und sicherstellen, dass alle Menschenrechtsverteidiger\_innen, einschließlich Klimaaktivist\_innen und all jene, die sich für den Schutz der Umwelt, der Lebensgrundlagen und des Zugangs zu Land einsetzen, ihre legitime Arbeit ohne Angst vor Repressalien in einem sicheren und förderlichen Umfeld fortsetzen können.

#### Bei künftigen Verhandlungen über den Klimawandel:

- Sicherstellen, dass die Menschenrechtsverweise in den Beschlüssen der COP26 zu Kohlenstoffmärkten und anderen kooperativen Ansätzen in konkrete Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte umgesetzt werden und einen völlig unabhängigen Beschwerdemechanismus einzurichten, der den Opfern von

Menschenrechtsverletzungen, die im Rahmen von Kompensationsprojekten oder anderen nicht-marktbezogenen kooperativen Emissionsminderungsmaßnahmen begangen wurden, Entschädigung bietet.

#### Pandemieprävention und -bekämpfung

■ Darauf bestehen, dass die Achtung der Menschenrechte bei den bevorstehenden Diskussionen über ein mögliches internationales Pandemie-Übereinkommen, eine Vereinbarung oder ein anderes internationales Instrument an erster Stelle steht, das darauf abzielen sollte, Nichtdiskriminierung beim Zugang zu Pandemie-Instrumenten, Gleichstellung der Geschlechter, Transparenz, Rechenschaftspflicht und Beteiligung sowie den Schutz wesentlicher Arbeitnehmerrechte und der Privatsphäre, auch im Bereich der digitalen Gesundheit, zu gewährleisten, und das die Siracusa-Prinzipien bekräftigen sollte.

#### Schlüsseldokumente von Amnesty International zu Venezuela zum Nachschlagen

Venezuela: Human rights lose whilst impunity prevails: Amnesty International submission for the UN Universal Periodic Review, 40th session of the UPR Working Group, 23 July 2021, Index: AMR 53/4488/2021, [www.amnesty.org/en/documents/amr53/4488/2021/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr53/4488/2021/en/)

Stop burning our rights! What governments and corporations must do to protect humanity from the climate crisis, 7 June 2021, Index: POL 30/3476/2021, [www.amnesty.org/en/documents/pol30/3476/2021/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/pol30/3476/2021/en/)

Amnesty International Report 2020/21: The State of the World's Human Rights: Venezuela (Index: POL 10/3202/2021), p 390, 7 April 2021, [www.amnesty.org/en/documents/pol10/3202/2021/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/pol10/3202/2021/en/)

A Fair Shot: Ensuring Universal Access to Covid-19 Diagnostics, Treatments and Vaccines, 8 December 2020, [www.amnesty.org/en/documents/pol30/3409/2020/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/pol30/3409/2020/en/)

Americas: When protection becomes repression: Mandatory quarantines under COVID-19 in the Americas, 21 September 2020, Index: AMR 01/2991/2020 [www.amnesty.org/en/documents/pol10/3202/2021/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/pol10/3202/2021/en/)

Human Rights in the Americas. Review of 2019: Venezuela, 27 February 2020, Index: AMR 01/1353/2020, p89, [www.amnesty.org/en/documents/amr01/1353/2020/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr01/1353/2020/en/)

Hunger for justice: Crimes against humanity in Venezuela, 14 May 2019, Index: AMR 53/0222/2019, [www.amnesty.org/en/documents/amr53/0222/2019/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr53/0222/2019/en/)

Amnesty International Report 2017/18: The state of the world's human rights 2 February 2018, Index: POL 10/6700/2018, [www.amnesty.org/en/documents/pol10/6700/2018/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/pol10/6700/2018/en/)

Silenced by Force: Politically Motivated Arbitrary Detentions in Venezuela, 26 April 2017, Index: AMR 53/6014/2017, [www.amnesty.org/en/documents/amr53/6014/2017/en/](http://www.amnesty.org/en/documents/amr53/6014/2017/en/)

( übersetzt von der Kogruppe, unter Mithilfe von deepL. Verbindlich ist das engl. Original <https://www.amnesty.org/en/documents/ior40/5099/2021/en/> )